



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus Kurhessen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Wiederum also durfte nunmehr der Stadtrichter K. das betreffende Bündel Acten in meiner Angelegenheit unter den Arm nehmen, sich vor den Spiegel stellen und mit einer schicklichen Verbeugung sich also anreden: „Mein lieber Herr Justitiar! Nachdem Sie wiederum das Justitiariat am Patrimonialgericht über D. übernommen haben, gebe ich mir die Ehre, in Befolgung des hohen Mandats Großherzoglicher Justiz=Canzlei Ihnen die Acten in Sachen so und so in Numeris 1—50 dienstergebenst zu retradiren;“ worauf der Justitiar K. mit einer angenehmen Gegenverbeugung wohl die Acten wieder in Empfang genommen haben wird. Denn seit jenem Tage sind mir nie wieder Schreiben an dieses Patrimonialgericht unerbrochen durch die Post mit dem Vermerk zurückgeschickt worden: „Das Patrimonialgericht ist nicht mehr.“

### Aus Kurhessen.

Das ehemalige Kurhessen, dessen innere Angelegenheiten infolge besonderer Umstände noch in den 60er Jahren ein Hauptmoment in der allgemeinen deutschen Entwicklung bildeten, läßt schon seit geraumer Zeit auffallend wenig von sich vernehmen, was auf politische Regsamkeit schließen ließe. Es ist freilich natürlich, daß auf die lange Periode der politischen Aufregung ein bedeutender Rückschlag eintrat, als 1866 die Quelle langjähriger Mißverhältnisse beseitigt, den materiellen Interessen eine größere Entfaltung ermöglicht und die politische Lage des Landes durch die Ereignisse auf das demselben zukommende Niveau zurückgeführt wurde; allein die seitdem in Hessen herrschende politische Stille ist doch gar zu groß. Gerade von einer, wie man annehmen sollte, politisch so geschulten Bevölkerung hätte sich erwarten lassen, daß sie an der politischen Arbeit der Gegenwart sich mehr zu betheiligen geneigt sein und wenigstens dasjenige Maß politischen Eifers entwickeln würde, welches man billigerweise von allen Theilen des Reichs verlangen kann. Nichts ist erklärlicher, als daß die Jahrzehnte lang von der kurfürstlichen Regierung in fast allem Fortschritt gehemmt gewesenen Städte, die kleinen wie die größeren, unter preussischer Herrschaft das lange Versäumte gleichsam rapid nachzuholen beflissen waren; aber sehr zu tadeln ist, daß fast alles öffentliche Interesse in Gemeindeangelegenheiten aufzugehen schien und für allgemeine politische Fragen und die Betheiligung an denselben selbst Kreise sich abgestumpft erwiesen, von denen man sich dies nicht hätte träumen lassen.

Mit Recht hat sich seit den letzten Reichstagswahlen infolge der bei

denselben gemachten Erfahrungen fast überall in Deutschland bei der national-liberalen Partei das Bestreben kundgegeben, größeren Eifer in Verfolgung der Parteizwecke zu entfalten und zu diesem Zwecke die eigenen Fehler sich nicht zu verhehlen, sowie eine größere Organisation der Parteigenossen herbeizuführen. In einem sehr hohen Grade liegen diese Pflichten den Liberalen in Hessen ob und es liegt im allgemeinen Interesse, ohne Beschönigung auf die dortigen Zustände hinzuweisen.

Seit 1866 hat sich in Hessen bei allen Wahlen zum Reichstag, zum Abgeordnetenhaufe und zum Communallandtage eine erstaunliche Gleichgültigkeit der Wähler gezeigt. Die Wenigen, welche es trotz der geringen Aussicht unternahmen, zur Bethätigung des Gemeinfinns wenigstens in solchen Fällen aufzufordern, vermochten mit größter Anstrengung eben nur soviel zu erzielen, daß nicht die reichsfeindlichen und illiberalen Parteien zum Siege gelangten, ja es läßt sich an den Wahlen in den einzelnen Wahlkreisen nachweisen, daß auch nicht eine Spur Eifer mehr entwickelt wurde, als zu diesem knappen Siege erforderlich war, und höchst bezeichnend ist es, daß gerade in demjenigen Wahlkreise, in dem man schon lange eine liberale Wahl für unmöglich hielt, im Fulda'schen, sich verhältnißmäßig der größte Eifer unter den Liberalen gezeigt hat; dieselben haben dort auf Grund der Ereignisse von 1866 und 1870 zum ersten Male wieder begonnen, sich selbständig zu regen und, wenn auch voraussichtlich noch ohne Aussicht auf Sieg, den ultramontanen Candidaten entgegenzutreten. Ihre Erfolge bei den Reichstagswahlen von 1869 waren so groß, daß die Erwartung nicht unberechtigt war, sie würden das nächste Mal mit den Schwarzen nahezu um den Sieg ringen. Freilich war dazu eine Unterstützung durch die Liberalen des übrigen Hessens nöthig, dieselben aber thaten nichts dazu. Man konnte froh sein, wenn diese mit Ach und Weh ihre Candidaten durchbrachten. Es fehlte eben, wie schon in den 60er Jahren, alle Organisation. Zwar bildete sich verschiedne Male ein Centralwahlcomité, allein jedesmal und noch im October 1873, erst im letzten Momente vor den Wahlen. Für die übrige lange Zeit, wo die Sache nicht gerade auf den Nagel brannte, schien Alles zu schlafen. Zweimal im Laufe der letzten Jahre hat man allerdings in Kassel, das dem übrigen Lande voranzugehen immer noch den Anspruch macht, einen Anlauf zur Bildung eines das allgemeine und politische Interesse stets rege haltenden Vereins gemacht, allein es haben diese Vereine, namentlich auch der am 23. Juni 1869 gegründete „Verein zur Wahrung bürgerlicher Interessen“ kaum etwas mehr als ihre Constituirung und die Beschlüsse in den die Gründung unmittelbar veranlassenden, vorwiegend städtischen Angelegenheiten von sich hören lassen. Jetzt gar, wo der Oberbibliothekar Dr. Bernhardt vor Kurzem gestorben ist,

welcher stets am meisten für die Förderung des Gemeinnsinns thätig war, müssen die Anstrengungen noch größer werden.

Bei solch auffallender Lässigkeit der Nationalliberalen kann es nicht Wunder nehmen, daß partikularistische und reichsfeindliche Elemente, die günstige Gelegenheit ergreifend, sich in den Vordergrund drängten. Das erstere war der Adel, das andere die Socialisten und die sog. Agrarier. Der hessische Adel ist sehr arm und verdient nicht im geringsten wegen seines Grundbesizes politisch besonders berücksichtigt zu werden. Gleichwohl war ihm seit 1831 in der Landesvertretung eine besondere Stellung eingeräumt, bis die Gesetzgebung von 1848 dieses Vorrecht mehr mit den thatsächlichen Verhältnissen in Einklang brachte. In der Reactionszeit wieder bevorzugt, dankte er dies der Regierung nicht, verfolgte nur egoistische Zwecke und betheiligte sich auch am Verfassungskampfe nicht. Bei Herstellung der Verfassung stellte bekanntlich der Bundestag das seltsame Verlangen, daß dem Adel wieder Zutritt in die Landesvertretung verschafft würde. Die Ständeversammlung that dies 1863 mit größtem Widerstreben und vieler Selbstüberwindung. Seitdem hat sich der Adel in Hessen ungebührlich breit zu machen verstanden. Er setzte in der Berliner Versammlung der hessischen Vertrauensmänner 1867 in Verbindung mit bäuerlichem Großgrundbesitz eine Vertretung nach Ständen in dem Communallandtage durch, erhielt hier stets das Präsidium und verschaffte sich durch geschickte Benutzung der innerhalb der liberalen Abgeordneten herrschenden Zwistigkeiten sowie durch die ihm günstige Art der Organisation der ständischen Verwaltung großen Einfluß auf letztere d. h. auf die Gestaltung der wichtigsten speciell hessischen Angelegenheiten. Die Herren v. Milchling, v. d. Malsburg, Graf Berlepsch und Andere dominiren auf Kosten der Liberalen in dem ständischen Verwaltungsausschusse und wußten durch stete Verbindung mit bäuerlichen Elementen am 4. Juli 1871 sogar die Wahl eines der ihrigen, des Herren von Bischoffshausen, zum Landesdirector durchzusetzen. Diese Wahl war liberaler Seits stark bekämpft, weil man glaubte, daß dieser Herr als langjähriger Regierungsbeamter nicht geeignet sei, der neuen Selbstverwaltung des Landes vorzustehen. Auf solche Art allmählich wieder sehr in Scene gesetzt, wagte der Adel bei allen Wahlen der letzten Jahre in mehreren Bezirken den liberalen Candidaten entgegenzuwirken und scheute sich zu diesem Zwecke nicht, mit den Agrariern eine Verbindung einzugehen, welche ihrerseits wieder mit der Partei der rentirenden Geistlichen, den Ultramontanen und dem noch kurfürstlich gesinnten Theile des Adels zusammenhängen. Die Agrarier sind von Außen importirt. Der bekannte Herr Niendorf und seine Genossen fingen mit ihren Ansichten über Hebung der Landwirthschaft Gimpel in Hessen und wurden ihre Ansichten daselbst durch bäuerliche Elemente auf eine unglaublich verschrobene Weise ausgelegt.

So fanden die Agrarier bei den Wahlen von 1869 und 1873 in den Bezirken Rotenburg, Hersfeld, Hofgeismar und anderen vermöge der mangelnden Bildung der Landbevölkerung solchen Anhang, daß sie als eine gefährliche Macht bezeichnet werden konnten. Dies rüttelte dann die Liberalen aus ihrer Lässigkeit etwas auf, sodaß sie im Bezirk Melsungen-Frißlar einen seit Jahrzehnten liberal aufgetretenen bäuerlichen Abgeordneten durchfallen ließen, weil er mit den Agrariern gemeinsame Sache gemacht hatte.

Das geschilderte Unkraut wird alsbald vergehen, wenn die nationalliberale Partei dauernd aus ihrer Lässigkeit erwacht. Versuche dazu sind seit den Reichstagswahlen in der That gemacht, jedoch nur in den Bezirken Hersfeld und Gelnhausen. In ersterem hat sich im Juli d. J. ein liberaler Reichsverein gebildet und sehr gut organisirt, sodaß zu hoffen steht, die grade in den Kreisen Hersfeld, Hünfeld und Rotenburg am gefährlichsten aufgetretenen Agrarier und Genossen werden allmählich verdrängt werden. Im Bezirke Gelnhausen wird vom Abg. Schäffer und einigen Führern der Gemeinsinn wachzuhalten gesucht, doch hat man es hier fortwährend mit dem Einflusse der Hanauer Demokraten zu thun, welche sich neuerdings neu organisirt haben. Das einzig günstige Resultat haben die Liberalen in Marburg aufzuweisen, wo es bei den letzten Reichstagswahlen gelungen ist, den conservativen Anwalt Grimm wieder zu verdrängen, welchem durch die Ultramontanen der Stadt Amöneburg zum Reichstagsmandate verholfen war. Dieser Sieg ist um so erfreulicher, als es seit langer Zeit der Universitätsstadt wegen kleinlicher Streitigkeiten nicht hatte gelingen wollen, liberale Wahlen durchzusetzen; es wäre auch diesmal schwerlich gelungen, wenn man nicht einen in Marburg sehr bekannten Namen auffindig gemacht hätte, dessen Träger noch den Vortheil besitzt, in Berlin zu wohnen. Denn die Diätenlosigkeit hat wohl kaum irgendwo schlimmere Früchte getragen als in Hessen, wo gar wenige Personen zu finden sind, welche das pecuniäre Opfer bringen können.

Den Hauptgrund der bisherigen Lässigkeit der hessischen Liberalen bilden starke Enttäuschungen in Dingen und Personen. Man hatte in hessischer Zeit solange von Preußen Errettung aus den versumpften Zuständen erwartet und kam statt dessen 1866 in mancher Beziehung, wie man meinte, nur übler an. Große Gesichtspunkte und Opfersreudigkeit in vaterländischen Dingen hätte freilich diese Anschauungen nicht hervorrufen sollen, aber die Menge, an kleinen Horizont gewöhnt, urtheilte nur nach den nächstliegenden und kleinlichen Verhältnissen. Die Belehrung war schwierig, weil die preußische Regierung, wie bekannt, in der That große Fehler begangen hatte, wie der König dies selbst anerkannte; die Hauptfehler der Herren v. d. Lippe und v. Mühlher sind aber nur zu geringem Theile sanirt worden. So herrscht denn noch immer, trotz Allem was dazwischen liegt, ein außerordentliches Mißtrauen;

dies zeigt sich eben jetzt, wo es sich um eine Umgestaltung der hessischen Gemeindeordnung von 1834 handelt, welche in dem Verfassungskampfe sich als ein Hauptstützpunkt erwiesen hatte. Dazu kommt, daß man sich an die Entscheidung durch Beamte ohne alle Zuziehung von Vertrauensmännern des Volkes in Dingen, welche die communalständische Vertretung nichts angehen, gar nicht gewöhnen kann, wie sich überhaupt die preussischen Beamten von Anfang an in sehr einseitiger Weise informirt haben. Die Enttäuschung in Personen kommt dazu. Es steht fest, daß fast alle Führer im hessischen Verfassungskampfe, denen man willig und vertrauensvoll Alles zu überlassen pflegte, in gewisser Weise schuld sind an jener nicht zum Heile des Landes erfolgenden Art des Uebergangs in die preussischen Verhältnisse. Daß dieselben bei ihrer bezüglichen Handlungsweise in großartiger Weise dupirt worden sind, wird weniger beachtet, ist auch weniger bekannt. Auf diese Art fast führerlos, war die liberale Partei allen Attacken ausgesetzt, ohne sich viel helfen zu können, daher die enorme Gleichgültigkeit. Was insbesondere Kassel betrifft, so trat nach 1866 der seit Jahren die Liberalen trennende Zwiespalt immer offener hervor und erregte bloß deshalb weniger Aufsehen, weil er vorwiegend auf dem Gebiete der städtischen Interessen sich zeigte. Diejenige „Partei“, welche während des Verfassungskampfes durch feste und übel angebrachte Friedensliebe so viel verdarb, während durch Entschiedenheit mehr hätte erreicht werden können, welche ferner 1866 nicht schnell genug in das preussische Lager übergehen konnte, während bei Vorsicht und Klugheit sich vieles günstiger bei dem Uebergange hätte gestalten können, war seitdem lange Zeit in den Angelegenheiten der Stadt Kassel am Ruder und hat durch die künstliche Art und Weise, wie sie, künftigen Generationen voraneilend, das Wachstum der Stadt mittelst großartiger, durch die vorhandenen Verhältnisse, insbesondere die Aufwandsfähigkeit der Bürger keineswegs angezeigter Anlagen unnatürlich zu heben suchte, solche Entrüstung hervorgerufen, daß sie bei den am 6. August d. J. stattgehabten Neuwahlen des Bürgerausschusses schmachlich unterlag, obwohl ihren Gegnern kein liberales Preßorgan zur Verfügung stand und sich nur aus Spekulation der kurfürstlich-demokratische „N. Kass. Anz.“, wie früher die volksparteiliche „Hess. Volks-Ztg.“, der vernünftigeren Sache angenommen hatte. Nachdem durch die erwähnte Wendung der Verhältnisse in Kassel ein guter Anfang zum Ob-siege der alten hessischen Vorsicht und Bedächtigkeit gemacht worden, ist einige Hoffnung auf Wiederkehr größeren Interesses an öffentlichen Dingen zu erhoffen, ohne das Hessen seine Stelle in der gemeinsamen Arbeit der deutschen Volksstämme nicht ausfüllen kann.